

# Es ist kompliziert

Seit fünf Jahrzehnten pflegen Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen – ein Jubiläum mit laisen Zwischentönen

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind seit dem Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Schuld geprägt. Der Wandel der deutschen Gesellschaft könnte das Verhältnis nachhaltig verändern.

Anne Fromm und Kersten Augustin, Jerusalem/Berlin

Es ist der 11. August 1965, als Rolf Friedemann Pauls als erster deutscher Botschafter seinen Fuss auf israelischen Boden setzt. Wenige Monate zuvor, am 12. Mai 1965, hatten sich Israel und Deutschland auf die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen geeinigt – 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Pauls will nach vorne blicken: «Wir beginnen unsere Arbeit in Israel mit großer Zuversicht», sagt er. In Israel sieht man das anders: Die Israelis empfangen den ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der einen Arm an der Ostfront verlor, mit heftigen Demonstrationen, an denen Steine und Flaschen fliegen. Auf ihren Transparenten fordern sie «Pauls raus!» oder «Wir wollen ein Israel frei von Deutschen!». Pauls erinnert sich später in einem Brief: «Ohne das Eingreifen berittener Polizei hätte meine Abfahrt in einem Chaos geendet.» Wenige Tage später wird auch Asher Ben Nathan in Bonn begrüßt, «ohne Euphorie», wie er später sagen wird. Israels erster Botschafter in Deutschland spricht mit österreichischem Akzent: Er wurde in Wien geboren und floh 1938 vor den Nazis nach Palästina. Auch Ben Nathan tritt sein Amt positiv gestimmt an. Eine bessere Zukunft, Friede und Wohlstand zwischen den beiden Völkern sind ihm ein Anliegen. Und noch etwas ist ihm sehr wichtig: Er sagt, dass er die Worte «vergessen» und «verzeihen» nie in den Mund nehmen werde.

## Die DDR als Stein im Weg

50 Jahre später sind die deutsch-israelischen Beziehungen an einem Punkt, an dem sie damals wohl niemand vermutet hätte. Am 12. Mai werden Politiker in Berlin und Jerusalem mit einem Festakt das Jubiläum feiern. Sie werden von Verantwortung und moralischer Verpflichtung sprechen und darüber, wie gut die Verbindungen zwischen den beiden Ländern heute sind. In vielerlei Hinsicht ist das tatsächlich so: Die Zahl der israelischen Touristen in Berlin hat sich in den vergangenen zehn Jahren vervielfacht. Rund 100 000 Israeli besitzen heute einen deutschen Pass. Bundeskanzlerin Angela Merkel ist eine der beliebtesten ausländischen Politikerinnen in Israel. Umgekehrt ist bei jungen Deutschen kaum ein Land als Reiseziel so beliebt wie Israel, deutsche Billigairlines fliegen mehrmals täglich nach Tel Aviv. Zwei Drittel der jungen Freiwilligen in Israel, die sich um Holocaustüberlebende oder Friedensinitiativen bemühen, sind Deutsche.

Moshe Zimmermann sitzt in seinem Büro, hoch oben im verwinkelten Hauptgebäude der Hebräischen Universität Jerusalem. Er hat in den 1980er Jahren das Institut für deutsche Geschichte hier aufgebaut, war Gastprofessor an vielen deutschen Hochschulen und hat als einziger Israeli in einer Kommission die NS-Geschichte des Auswärtigen Amts aufgearbeitet. Inzwischen ist er 71 Jahre alt und emeritiert, kann aber trotzdem nicht die Finger von der Geschichte lassen. 1965, als die Jerusalemer gegen Rolf Pauls demonstrierten, schaute er zu. «Bis dahin haben wir Deutschland boykottiert. In unseren Pässen stand: «Alle Länder mit Ausnahme von Deutschland!», erinnert er sich. Eigentlich, sagt Zimmermann, würde der diesjährige 50. Jahrestag der deutsch-israelischen Beziehungen die entscheidenden Jahre, jene zwischen 1945 und 1965, ausblenden.

1952 unterzeichnen der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der israelische Außenminister Moshe



Im September 1952 unterzeichnen deutsche und israelische Bevollmächtigte das so genannte Luxemburger Abkommen.

Sharett das Luxemburger Abkommen. Darin verpflichtet sich Deutschland, Geld und Waren im Wert von 3,5 Milliarden Mark an Israel zu liefern. Die Stimmung ist frostig an jenem Morgen zwischen den Konferenzteilnehmern, so schreibt der israelische Historiker Dan Diner in seinem Buch «Ritueller Distanz». Monatlang hatten Unterhändler Gespräche geführt, drei Tage stritt das israelische Parlament. Es sei die dramatischste Debatte, die jemals in der Knesset geführt wurde, schreibt Diner. Das ist trotzdem weitere dreizehn Jahre dauert, bis Deutschland und Israel diplomatische Beziehungen aufnehmen. Ist der deutschen Außenpolitik geschuldet. Westdeutschland folgt der sogenannten Hallstein-Doktrin, nach der die internationale Anerkennung der DDR verhindert werden soll. Weil man befürchtet, dass die gesamte arabische Welt die DDR anerkennen würde, verzichtet man auf die Anerkennung Israels. Als aber öffentlich wird, dass Deutschland seit 1959 Waffen an Israel liefert, läßt Ägyptens Staatspräsident Gamal Abdel Nasser den DDR-Staatschef Walter Ulbricht ein. Die Bundesregierung unter Kanzler Ludwig Erhard reagiert und leitet die diplomatische Normalisierung mit Israel ein.

## Wendepunkt Sechstagekrieg

Beide Seiten hätten für die Aufnahme der Beziehungen gute Gründe gehabt, meint Zimmermann. Ihnen sei es nicht um Moral und Schuld gegangen, sondern um handfeste Interessen – die Einbindung in den Westen. «Deutschland wusste, dass der Weg nach Washington über Tel Aviv führt. Und Israel lebe wie auf einer Insel, im Kriegszustand mit allen Nachbarn. Der Ausweg führte über enge Kontakte nach Europa, und damit auch zu Deutschland.»

Auch nach der Ankunft der Botschafter bleiben die Beziehungen kühl. Israels erster Gesandter, Ben Nathan, erinnert sich an seine Anfangszeit in Bonn: Verdrängen und Vergessen der Kriegserlebnisse sei vorherrschend gewesen, besonders bei denen, die allen Grund hatten zu vergessen. In Israel hat Deutschlands Botschafter Pauls hingegen das Gefühl, die Israeli würden die Geschichte Deutschlands instrumentalisieren. In einem Brief an das Außenministerium im Januar 1966 schreibt er, man müsse den Israeli verdeutlichen, dass «wir ihren ständigen Appell an unsere moralischen Verpflichtungen durchschauen: dass sie Moral sagen, aber Kasse meinen». Unter der westdeutschen Elite, die noch von Altnazis durchsetzt ist, überwiegt das Misstrauen gegenüber Israel. Anders ist das bei der

westdeutschen Linken. Für sie ist Israel der Staat der Holocaustüberlebenden und gleichzeitig das, was sie sich für Deutschland wünscht: ein Gewerkschaftsstaat. Das sagt Micha Brumlik, emeritierter Professor am Institut für jüdische Studien in Berlin. Auch die Kibbuzbewegung habe die Linke sehr fasziniert, sagt Brumlik. Sie passte zu dem Traum, den Kapitalismus abzuschaffen, um in sozialistischen Kollektiven zu leben. Die DDR-Regierung sieht das ganz anders. Für sie ist Israel die Speerspitze des imperialistischen Lagers. Die DDR, die jeden Kontakt mit dem Land vermeidet, sei nicht nur israelkritisch, sondern israelfeindlich gewesen, meint Moshe Zimmermann.

Mit dem Sechstagekrieg 1967 kippt das positive Israel-Bild in Westdeutschland. «Israel wurde plötzlich als Kettenhund des amerikanischen Imperialismus bezeichnet», sagt Brumlik. Ihren Tiefpunkt erreichen die Beziehungen 1981, als Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem Fernsehinterview mit dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin aneinandergerät und dem palästinensischen Volk einen moralischen Anspruch auf Selbstbestimmung bescheinigt. Begin kontert und verweist auf Schmidts Vergangenheit als Wehrmachtsoffizier. Ein grosser Teil der deutschen Bevölkerung stellt sich hinter Schmidt und damit erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Seite der Palästinenser.

Isi heute sehen die Deutschen die Israeli kritischer als andersherum. Im Januar dieses Jahres veröffentlichte Bertelsmann eine Studie, nach der 48 Prozent der Deutschen eine schlechte Meinung von Israel haben. Unter den 18- bis 29-Jährigen sind es sogar 54 Prozent. Israel wird einerseits als Reiseziel gehypt – aber auch leidenschaftlich kritisiert. Ausschlaggebend dafür ist laut der Studie vor allem die Politik der israelischen Regierung im

Nahostkonflikt. Anders ist die Stimmung in Israel. Moshe Zimmermann untersucht seit den 1980er Jahren das Deutschlandbild der Israeli. «Der Anteil derer, die der Bundesrepublik positiv gegenüberstehen, ist in den vergangenen 30 Jahren von 50 auf 80 Prozent gestiegen.» Das sieht und hört auch, wer durch Berlin läuft. In den vergangenen Jahren sind mehrere tausend Israeli in die Stadt gezogen. Viele von ihnen kommen direkt nach dem Militärdienst. Wer deutsche Verfahren nachweisen kann, bekommt einen deutschen Pass.

## Die «Milky-Debatte»

Eines der derzeit bekanntesten israelischen Gesichter in Berlin ist Yael Ronen. Vor vier Jahren ist die israelische Jüdin mit ihrem palästinensischen Mann nach Berlin gezogen. Mittlerweile arbeitet sie als Regisseurin am Berliner Gorki-Theater, und die Feuilletons lieben die Theatermacherin nicht nur wegen ihrer sympathischen Art. Bekannt wurde Ronen mit ihrem Stück «Dritte Generation», in dem sie Israeli, Deutsche und Palästinenser ironisch die Vorurteile und Vorwürfe auführen lässt, die man immer wieder hört, wenn es um die drei Gesellschaften geht: Schuld und Verantwortung, Schlussstrichdebatte, Relativierung und Antisemitismus. Das Stück wird seit Jahren mit grossem Erfolg immer wieder in Deutschland, Israel und Palästina gespielt. Ronens Grossvater war österreichischer Jude. Als überzeugter Zionist emigrierte er 1936 nach Israel. Ihn wäre es wohl schwergefallen zu akzeptieren, dass sie in Deutschland eine Heimat gefunden habe, glaub Ronen. Sie sagt, sie habe in Berlin noch keinen Antisemitismus erlebt. Daran, dass sich überall in der Stadt Erinnerungen an den Holocaust befinden, musste sie sich erst gewöhnen. «Heute nehme ich sie gar nicht mehr wahr.» Im vergangenen Herbst

wurde die Auswanderungslust der Israeli Thema in der israelischen Politik. Ein Israeli, der in Berlin lebt, hatte auf Facebook die Preise für einen deutschen und einen israelischen Schokopudding verglichen. Milky, die beliebte israelische Marke, ist in Israel fast fünfmal so teuer wie ein Becher in Deutschland. Für konservative israelische Politiker war die Milky-Debatte ein Affront: Der Finanzminister nannte die Auswanderer «Antizionisten», die konservative Zeitung Israel «HaYom» bezeichnete sie als eine «Beleidigung der Holocaust-Überlebenden». Yael Ronen hat für solche Aussagen kein Verständnis. Dass Deutschland heute so eine Anziehung auf Israeli ausübe, liege auch an Angela Merkel, glaubt sie. 2008 hielt diese vor der Knesset eine Rede, die das Verhältnis nachhaltig beeinflussen sollte: «Die historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes», hatte Merkel gesagt. «Das heisst, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin nicht verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben.» Mit dieser Rede hat Merkel Eindruck gemacht, auch bei jungen Israeli.

## Ein neuer Antisemitismus

Der deutschen Politik fällt es allerdings zunehmend schwer, Israel ungeschränkt zu unterstützen. Die Parteien diskutieren darüber, wie mit einem Land umzugehen ist, das dauerhaft die palästinensischen Gebiete besetzt hält. Auf den neuerlichen Sieg von Benjamin Netanyahu, der im Wahlkampf offen gegen die Zweistaatenlösung plädiert hatte, reagierten deutsche Spitzenpolitiker verhalten. Bei einem Thema allerdings sind sich deutsche Politiker aller Parteien in ihrer Entschiedenheit einig: der Bekämpfung des Antisemitismus. Als sich im vergangenen Sommer Israel und die Hamas im Gazastreifen bekriegten, gab es in deutschen Städten Demonstrationen. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden auf deutschen Strassen wieder Parolen wie «Juden ins Gas» verbreitet. 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es einen neuen Anflug von Antisemitismus. Er hat dazu geführt, dass der Zentralrat der Juden bestimmte Viertel als No-Go-Areas definiert hat. Je nach Umfrage sind ein Fünftel bis ein Drittel der Deutschen antisemitisch eingestellt.

An dem Tag, an dem der Antisemitismus-Experte Micha Brumlik Zeit für ein Gespräch findet, titelt die «Bild»-Zeitung: «Die Berlin-Akte: Judenhaus. 192 Übergriffe in diesem Jahr». Der Antisemitismus heute unterscheidet sich von jenem in der Nachkriegszeit, sagt Brumlik: «Wenn man heute als Judenfeind up to date sein will, wird man das hinter der sogenannten Israelkritik verstecken.» Häufig seien etwa unangemessene Vergleiche zwischen den Taten der Nazis und der Israeli. Brumlik kritisiert, dass es in der deutschen Sprache den Begriff der Israel-Kritik gebe, nicht aber die Amerika- oder die Frankreich-Kritik. Am 50. Jahrestag sind die deutsch-israelischen Beziehungen also noch alles andere als unkompliziert. Mit Blick in die Zukunft sind sich die beiden Professoren, Brumlik in Berlin und Zimmermann in Jerusalem einig, dass die Instrumentalisierung der gemeinsamen Vergangenheit aufhören müsse. Brumlik wünscht sich eine Kritik an der israelischen Politik, die nicht dämonisiert.

Auch die Veränderung Deutschlands hin zu einer von Einwanderung geprägten Gesellschaft werde die Beziehung zu Israel verändern, meint Brumlik: «Wenn immer mehr Migranten zu Deutschen werden, aber keine deutschen Familiengeschichten mehr haben, wird sich diese Beziehung weiter abschwächen.» Während die letzten Holocaust-Überlebenden sterben, werden palästinensische Flüchtlinge deutsche Staatsbürger. Vieles spricht dafür, dass die Beziehung zwischen Deutschland und Israel immer unausgewogener wird. Zimmermann spricht von einem Paradox. Brumlik nennt es «unerwiderte Liebe».

## Eckdaten der deutsch-israelischen Beziehungen

- 1952 Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens, das die Wiedergutmachungsleistungen regelt.
- 12. Mai 1965 der deutsche Kanzler Ludwig Erhard und der israelische Ministerpräsident Levi Eschkol vereinbaren den Austausch von Botschaftern.
- 1967 Sechstagekrieg: Die proisraelische Stimmung in Deutschland kippt.
- 1982 Bundeskanzler Helmut Schmidt streitet in einem Fernsehinterview mit Israels Ministerpräsidenten Menachem Begin und spricht vom «moralischen Anspruch auf Selbstbestimmung» der Palästinenser. Begin greift Schmidt wegen seiner Vergangenheit als Wehrmachtsoffizier an.
- 1989 Nach dem Mauerfall fürchtet Israel, dass das wiedervereinigte Deutschland Grossmachtsfantasien entwickelt.
- 2008 Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht vor der israelischen Knesset auf Deutsch und sagt: «Die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson meines Landes.»
- 2010 bis heute Berlin erweist sich unter jungen Israeli einer immer grösseren Beliebtheit. Gleichzeitig wächst die Skepsis in Deutschland gegenüber einer israelischen Regierung, welche die Zweistaatenlösung ablehnt.